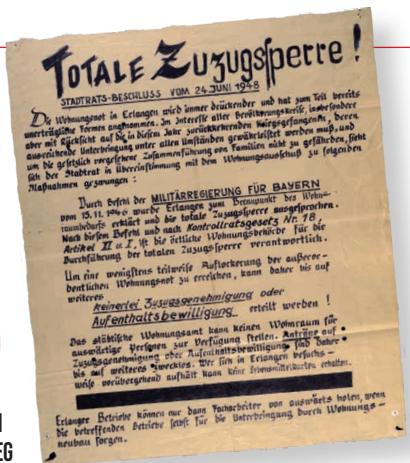


DIE BRENNENDSTE Kommunale Wohnungspolitik zwischen 1918 und 1954 in München, Nürnberg, Erlangen
 28.09.2023–08.03.2024
 Stadtarchiv Nürnberg **ALLER SOZIALEN FRAGEN**
 Eintritt frei



Oben: Plakat zur Bekanntmachung der Zugangssperre, 1948 (Stadtarchiv Erlangen 684.A.56)
 Unten: Siedlungen an der Brüxer Straße und „Himbeerpalast“, 1953 (Stadtarchiv Erlangen VIII.7341.N.6/1)

ZWISCHEN FLÜCHTLINGSELEND UND NEUBEGINN

WOHNUNGSNOT UND WOHNUNGSBAU IN ERLANGEN NACH DEM ZWEITEN WELTKRIEG

Erlangen hatte während des Krieges keine flächendeckende Zerstörung von Bausubstanz erlitten. Eine vergleichsweise günstige Wohnraumsituation stellte die Stadt in der unmittelbaren Nachkriegszeit vor ganz eigene Herausforderungen. Die amerikanischen Besatzungstruppen richteten sich in der Stadt ein und nutzten dafür neben öffentlichen Gebäuden vielfach auch private Immobilien. Von der entschädigungs- und ersatzlosen Räumung waren nicht nur exponierte Anhänger des NS-Regimes betroffen. Die Ankunft zahlreicher Heimatvertriebener aus den deutschen Ostgebieten verschärfte in den Folgejahren die Lage auf dem Wohnungsmarkt, ebenso 1949 die Verlegung des Hauptsitzes der Siemens-Schuckertwerke von Berlin nach Erlangen. Abhilfe war kurzfristig nur durch die Errichtung von einfachen Elendsquartieren und bescheiden ausgestatteten Barackenlagern zu schaffen. Die einzige Alternative bestand in Maßnahmen zur Begrenzung des Bevölkerungswachstums und der Einschränkung des Anspruchs auf Wohnraum. So erreichte die Stadtverwaltung Ende 1946 bei der US-Militärregierung die Erklärung Erlangens zum „Brennpunkt des Wohnraumbedarfs“, woraus sich bis 1949 eine totale Zugangssperre ergab. Mit der verbesserten wirtschaftlichen Lage seit den 1950er Jahren wurde es für Kommune und Unternehmen jedoch rasch möglich, der stetig anwachsenden Einwohnerzahl den angemessenen Wohnraum zu schaffen.



Stadtarchiv Nürnberg, Kleines Foyer

Marientorgraben 8, 90402 Nürnberg

Öffnungszeiten:

Mo, Mi, Do 8.30–15.30 Uhr
 Di 8.30–18.00 Uhr
 Fr 8.30–16.00 Uhr

Zur Ausstellung ist gegen eine Schutzgebühr von 3 Euro ein kleiner Katalog mit zahlreichen Abbildungen erhältlich:

„Die brennendste aller sozialen Fragen“. Kommunale Wohnungspolitik zwischen 1918 und 1954 in München, Nürnberg, Erlangen.

Eine Ausstellung der Bayerischen Archivschule (Staatliche Archive Bayerns – Kleine Ausstellungen 63), München 2020, ISBN 978-3-938831-95-3

Eine Ausstellung des Stadtarchivs Nürnberg in Kooperation mit den Stadtarchiven München und Erlangen sowie der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns.

Abbildungen auf der Titelseite:

Oben: Flüchtlingsbaracken in der Nürnberger Straße, 1957 (Stadtarchiv Erlangen, VIII.8368.N.3/1)
 Unten: Siedlungshäuser an der Schwander Straße, 1938 (Stadtarchiv Nürnberg A 38 Nr. A38-K-33-10)

Herausgeber: Stadtarchiv Nürnberg, Marientorgraben 8, 90402 Nürnberg, www.stadtarchiv.nuernberg.de
 Text und Redaktion: Dr. Thomas Gilgert (Stadtarchiv Nürnberg), Dr. Johannes Hasselbeck (Bundesarchiv), Dr. Andreas Schenker (Stadtarchiv München)
 Gesamtherstellung: noris inklusion gGmbH, Dorfäckerstraße 37, 90427 Nürnberg
 Auflage: 1.000

DIE BRENNENDSTE ALLER SOZIALEN FRAGEN

„Die Wohnungsfrage ist die brennendste aller sozialen Fragen.“ – So lautete bereits 1927 die These des Münchner Wohnungsreferenten Karl Sebastian Preis. Angesichts steigender Mieten und eklatanten Wohnraummangels hat sich an dieser Feststellung offensichtlich bis heute nichts geändert; die Wohnungsfrage wurde mittlerweile zur sozialen Frage des 21. Jahrhunderts ausgerufen. Dabei stehen die Deregulierung des Wohnungsmarktes und zahlreiche Programme zur Wohnungsbauförderung nebeneinander, und es werden Forderungen nach staatlicher Intervention in Gestalt von Mietpreisdeckeln oder der Enteignung von Wohnungskonzernen laut. Obwohl Wohnen eigentlich ein menschliches Grundbedürfnis darstellt, kollidieren oder konvergieren auf kaum einem anderen Gebiet private Wünsche und Träume stärker mit politischen Konzepten und ideologischen Zielvorstellungen: Wie wollen und wie sollen Menschen wohnen? Diese brisanten Entwicklungen sind Anlass genug, auch einen Blick in die Vergangenheit zu werfen: Die Ausstellung zeigt für die drei prägenden Phasen Weimarer Republik, Nationalsozialismus und Nachkriegszeit, wie jeweils eine für Bayern besonders bedeutsame Stadt mit der Herausforderung umging, Wohnungsnot zu beheben und Wohn(t)räume zu verwirklichen.

Oben: Wahlplakat des Grund- und Hausbesitzervereins München, 1929 (Stadtarchiv München DE-1992-PL-01580)

Unten: Siedlung Neuhausen der Gemeinnützigen Wohnungsfürsorge AG, um 1930 (GEWOFAG-Archiv München)

VON DER NOTSTANDSVERWALTUNG ZUM SOZIALEN WOHNUNGSBAU MÜNCHEN IN DER WEIMARER REPUBLIK

Nach dem Ersten Weltkrieg und der folgenden Wirtschafts- und Währungs Krise sah sich das von BVP und SPD regierte München mit einem dramatischen Wohnungselend konfrontiert. Die Antwort der Kommune markiert den Beginn des öffentlichen sozialen Wohnungsbaus in Deutschland. Der Wohnungsmarkt wurde bereits während des Krieges einer Zwangsbewirtschaftung unterworfen. Erstmals übernahm es in den 1920er Jahren die Stadt selbst, ganze Quartiere zu errichten, um die Bevölkerung mit günstigen Mietwohnungen zu versorgen. Von anderen Großstädten unterschied sich München in der Zwischenkriegszeit durch sein politisch konservatives Klima. Über den Verein zur Vertretung der Wohnungslosen wollte die KPD dagegen gezielt das prekäre Milieu mobilisieren. Den Gegenpol repräsentierte der Grund- und Hausbesitzerverein, der bei Kommunalwahlen mit einer eigenen Liste antrat. Seine Hauptbemühungen richteten sich gegen tatsächliche und angebliche Bestrebungen der linken Parteien zur Enteignung der Eigentümer von Mietwohnungen. Diese politische Gemengelage schlug sich auch in der kommunalen Wohnungspolitik nieder. Seit 1918 legte der Stadtrat jährlich ein umfangreiches Bauprogramm auf, dessen Mittel vor allem den Münchner Wohnungsbaugenossenschaften, -vereinen und -gesellschaften zugutekamen.



Oben: Politisches Führungszeugnis für die Siedlereheleute A., 1943 (Stadtarchiv Nürnberg C 7/1 Nr. 8923)

Unten: Siedlungshäuser an der Worzeldorfer Straße, 1939 (Stadtarchiv Nürnberg A 38 Nr. A38-H-86-7)

„JEDE FAMILIE IM EIGENEN HEIM, AUF EIGENEM GRUND UND BODEN.“ NS-SIEDLUNGSBAU IN NÜRNBERG

Während der ersten Jahre der nationalsozialistischen Diktatur wurde die Errichtung von Siedlungen aus Einfamilien- und Doppelhäusern auf Gartengrundstücken forciert. Die aktive Beteiligung der zukünftigen Bewohner am Bau ermöglichte auch Arbeiterfamilien den Erwerb von Wohneigentum und diente gleichzeitig als Arbeitsbeschaffungsmaßnahme zur Bewältigung der Folgen der Weltwirtschaftskrise. Der verbreitete Wunsch vieler Menschen nach einem Eigenheim im Grünen kam der großstadtfeindlichen Haltung der NSDAP entgegen, das Heimstättenamt des Gauers Franken der Deutschen Arbeitsfront unterschied klar zwischen bloßem Wohn- und echtem Siedlungsbedürfnis. Neben politischer Zuverlässigkeit war sicherzustellen, dass die zukünftigen Siedler zu den „gesunden und wertvollen Volksgenossen“ gehörten. Die Möglichkeit zur Selbstversorgung aus dem eigenen Garten wurde für viele Siedlerfamilien nach Kriegsausbruch und beginnender Lebensmittelrationierung zum entscheidenden Vorteil. Trotz ihrer Lage am Stadtrand wurden die Siedlungen während des Zweiten Weltkriegs schwer von den Luftangriffen der Briten und Amerikaner getroffen. Der behelfsmäßige Wiederaufbau der Häuser erfolgte, wie schon ihre Errichtung zu Beginn der 1930er Jahre, in Selbst- und Nachbarschaftshilfe.

